

Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex
(gemäß BCGK Stand 03.04.2009, die neueste Fassung vom 15.12.2015 wird ab 2016 umgesetzt werden)

Zum Jahresabschluss 2015 wird folgende Erklärung abgegeben:

1. Zusammenwirken von Geschäftsführung (GF) und Aufsichtsrat (AR)

- a. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle für die Entwicklung des Unternehmens relevanten Themen wurden von der Geschäftsleitung mit dem Aufsichtsrat erörtert. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
- b. Der Aufsichtsrat hat seine drei Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
- c. Die strategischen Unternehmensfragen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig nachgekommen.
- d. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsrat – mit den von ihr abgegebenen mündlichen und schriftlichen Erläuterungen – zeitnah und umfassend über die Planung, die Geschäftsentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement unterrichtet. Dabei wurden auf der Grundlage des verabschiedeten Budgets Soll/Ist-Vergleiche und Gründe für Abweichungen erörtert.
- e. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

2. Geschäftsführung

- a. Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein ausreichendes Risikomanagement und Risikocontrolling. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise ggü. den Gremien (Aufsichtsrat und Land Berlin).
- b. Die Vergütung der Geschäftsführerin erfolgte in Form eines Fixums ergänzt um eine variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 23. Januar 2015 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammengesetzt.
- c. Die Vergütung der Geschäftsleitung wurde vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Aufgaben- und individuellen Leistungsbeurteilung unter Beachtung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunftsaussichten für das Unternehmen festgelegt. Die Vergütung entspricht der Vergütung der Musikbeauftragten vor GmbH Gründung und wurde als angemessen erachtet. Über die Vergütung hat der Aufsichtsrat beraten und entschieden. Über den Zielerreichungsgrad wird in Verbindung mit dem Jahresabschluss gesondert entschieden. Die Zielvereinbarung für die variable Vergütung beträgt bis zu maximal 10.000,- EUR. Die Gesamtvergütung ist im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

3. Aufsichtsrat

- a. Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Entsprechend wurde er in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen, soweit sie ihm bekannt gemacht wurden oder bekannt geworden sind, einbezogen und sah keinen Bedarf, weitere Geschäfte an seine Zustimmung zu binden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.
- b. Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden vom Aufsichtsrat entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführung festgelegt. Die Geschäftsführerin wurde für die Dauer von zwei Jahren angestellt mit Option auf Verlängerung um fünf Jahre.
- c. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Die Geschäftsleitung hatte über keine außergewöhnlichen Ereignisse zu berichten.
- d. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine besonderen Ereignisse, über die zu unterrichten gewesen wäre.
- e. Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.
- f. Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.
- g. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keine Vergütung.
- h. Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.
- i. Zwischen Geschäftsleitung und Aufsichtsrat wurde eine Zielvereinbarung abgeschlossen und dem Gesellschafter vorgelegt.
- j. Eine Überprüfung der Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates war nicht erforderlich, da es in diesem ersten Jahr der Tätigkeit keine Anhaltspunkte auf eine eingeschränkte Effizienz gab.

4. Interessenkonflikte

- a. Die Geschäftsleitung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- b. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- c. Es hat keine derartigen Interessenkonflikte gegeben.
- d. Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen wurden nicht getätigt. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt, da es dergleichen Verträge nicht gab. Es waren keinerlei auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen zu erlassen.
- e. Die Geschäftsführerin hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt, die vergütungsrelevant waren.
- f. Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

- a. Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.
- b. Unternehmensinformationen werden im Internet veröffentlicht.

6. Rechnungslegung

- a. Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt. Da die Gesellschaft seit 2015 existiert, ist der Jahresabschluss 2015 der erste, der dem Aufsichtsrat vorgelegt wird. Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

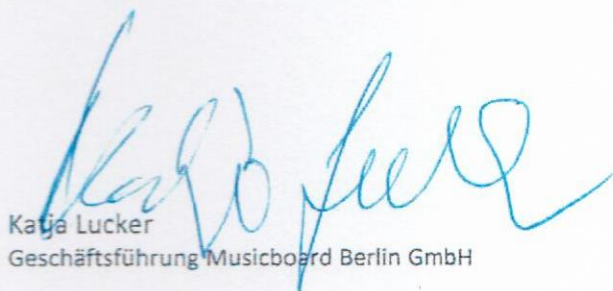
7. Abschlussprüfung

- a. Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erbeten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestehen; so dass an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter keine Zweifel bestehen. Der Abschlussprüfer wurde aufgefordert, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten.
- b. Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen und wird dies auch für die kommenden Jahresabschlüsse handhaben.
- c. Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2015 teilnehmen und über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung berichten.

Berlin, 23. März 2016



Björn Böhning
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Katja Lucker
Geschäftsführung Musicboard Berlin GmbH